

Resolution

Festlegung der Schwerpunkte für die Ausarbeitung des EGBW-Aktionsplans für Gleichstellung, Vielfalt und Inklusion

angenommen von der EGBW-Sonderkonferenz, der regionalen Sonderkonferenz der Bildungsinternationalen, auf ihrer Tagung vom 27. - 28. November 2018 in Athen

Zusätzlich zu und übereinstimmend mit den vom 7. BI-Kongress in Ottawa 2015 und den auf der EGBW-Konferenz 2016 in Belgrad verabschiedeten Resolutionen

stellt die EGBW-Sonderkonferenz fest:

1. rasche Veränderungen in der modernen Gesellschaft in Verbindung mit Globalisierung, verstärkter Migration und Diversifikation der Bevölkerung, technologischem Fortschritt und Digitalisierung, Beeinträchtigung von Umwelt und Klima, dem Anstieg von Populismus und Fremdenfeindlichkeit und der Zunahme von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung Bildungsgewerkschaften dazu drängen, sich eingehend mit der Zukunft zu beschäftigen, um ihre Mitglieder darauf vorzubereiten, sich mit diesen und anderen aktuellen und sich beschleunigenden Herausforderungen für die Gleichstellung in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt auseinanderzusetzen;
2. es trotz des Gesamtfortschritts, der im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Ungleichheiten in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts erzielt wurde, auch weiterhin an finanziellen Mitteln für eine integrative Bildung fehlt und viele Gleichstellungsthemen und -herausforderungen auch weiterhin vom nationalen und europäischen sozialen Dialog im Bildungssektor ausgeschlossen sind. Es gibt enorm viel evidenzbasiertes und wissenschaftlich fundiertes Material zum Thema Ungleichheit und integrative Bildung. Es sollte für alle Interessengruppen zugänglich sein, integriert und vollständig in Tarifverhandlungen genutzt werden, um die Debatte über wirtschaftliche Fragen hinaus eröffnen;
3. Frauen zwar oft bessere Bildungsergebnisse erzielen als Männer und eine beträchtlich höhere Hochschulabschlussrate haben, aber die geschlechtsspezifische Segregation in Studienbereichen unserer derzeitigen Bildungssysteme auf allen Ebenen, insbesondere aber im Bereich der Berufsbildung, auch weiterhin ein ernsthaftes Problem darstellt;
4. horizontale und vertikale Geschlechtertrennung im Lehrberuf auch weiterhin fortbesteht, wobei die Zahl der weiblichen Bildungsbeschäftigten von der frühkindlichen Bildung und Grundschulbildung bis zur Hochschulbildung und Forschung stufenweise geringer wird und Frauen in Führungspositionen immer noch unterrepräsentiert sind; der Anteil von Frauen, die, Teilzeitbeschäftigung annehmen und in Teilzeit arbeiten, hoch ist;
5. dass in Bildungsgewerkschaften ferner weibliche Führungskräfte fehlen, was auf eine ganze Reihe von Faktoren zurückzuführen ist, darunter Work- Life-Balance und ungleiche Verteilung von Betreuungsverpflichtungen zwischen Männern und Frauen sowie auch die Organisationskultur von Gewerkschaften und die Tatsache, dass viele Führungspositionen in Gewerkschaften im Ehrenamt und unbezahlt sind;
6. sich tausende Frauen, Männer und Kinder, die auf der Suche nach Zuflucht und Schutz vor Kriegen, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen in ihren Heimatländern nach Europa kommen, mit Problemen konfrontiert sehen, wie etwa, dass sie, insbesondere in den ersten Monaten nach ihrer Ankunft in EU-Ländern, wenig oder keinen Zugang zu Bildung haben, dass es an schulischen Ressourcen, die den Bedürfnissen von Migranten und fliehenden SchülerInnen und Studierenden gerecht werden, fehlt und ihnen die Anerkennung ihrer beruflichen Qualifikationen und Kompetenzen verweigert wird;

Die Zukunft Europas gestalten: die Rolle von Bildungsgewerkschaften

7. in den letzten Jahren Radikalisierung, Gewalt, Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Hassreden in ganz Europa zugenommen haben, was eine Bedrohung für die Sicherheit der BürgerInnen darstellt und die allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die grundlegenden Werte der Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Toleranz, Solidarität und Wahrung der Menschenrechte der EU infrage stellt;
8. LGBTI-SchülerInnen/Studierende und -Bildungsbeschäftigte in Europa in- und außerhalb der Schulen auch heute noch mit Vorurteilen, Mobbing und Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Genderidentität konfrontiert sind, was ihre grundlegenden Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Bildung, untergräbt;
9. die Integration von Kindern mit Förderbedarf in lokale allgemeinbildende, unter anderem aufgrund von Mittelkürzungen im Bildungssektor, weiterhin problematisch ist, dass Lerngruppen zu groß sind und die Lehrkräfte in den Klassen ohne zusätzliches Unterstützungspersonal und angemessene Ausbildung oft allein gelassen werden;
10. die Lehrkräfte aufgrund fehlender Diversifikation die Vielfalt der Gesellschaft oft nicht ausreichend widerspiegeln, und den SchülerInnen unter anderem ein breites Spektrum an Rollenvorbildern vorenthalten bleibt. Diese Situation zeigt sich auch oft in der Mitgliedschaft von Bildungsgewerkschaften;

Sie glaubt, dass:

11. das öffentliche Bildungswesen hochwertig, integrativ, kulturell und gesellschaftlich vielfältig und allen, ungeachtet der sexuellen Orientierung, der Fähigkeiten und des Bildungsbedarfs, des wirtschaftlichen Status, der ethnischen Herkunft, der Sprache, der Religion und des Migrations- und des staatsbürgerlichen Status der SchülerInnen und Studierenden, zugänglich sein sollte;
12. Bildungssysteme dazu beitragen sollten, das volle Potenzial aller SchülerInnen/Studierenden auszuschöpfen, ein starkes Instrument im Kampf gegen Extremismus, Populismus, Fremdenfeindlichkeit und jegliche Art der Diskriminierung zu sein und tolerante, kultur- und gendersensible Bürgerinnen und Bürger mit soliden demokratischen Werten hervorzubringen. Zudem sollten Schulen frei von Mobbing und Diskriminierung sein und allen einen sicheren Ort zum Lernen und Lehren bieten.

Sie bekräftigt:

13. die Bedeutung einer Verbesserung der Vertretung und Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen in allen Bildungsbereichen und in der Forschung, indem in Europa bessere Work-Life-Balance-Regelungen mit einer besser ausgeglichenen Verteilung von Betreuungsaufgaben zwischen Männern und Frauen eingeführt und die bestehenden geschlechterbedingten Lohngefälle überwunden werden;
14. dass die anhaltende Geschlechterstereotypisierung in unserem täglichen Leben, in der Öffentlichkeit und in den Medien gestoppt werden muss;
15. den Wert der Bildungsintegration auf allen Bildungsebenen von Kindern, jungen Menschen und Erwachsenen mit Flüchtlings- und Migrantenstatus;
16. die bedeutende Rolle, die Beschäftigte im Bildungswesen und Bildungsgewerkschaften bei der Bekämpfung religiöser Intoleranz, Diskriminierung und Belästigung von MigrantInnen und Flüchtenden sowie ethnischen Minderheiten in Europa(z. B. der Roma-Gemeinschaft) in Schulen, am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft allgemein sowie auch bei der Sicherstellung ihrer Integration in die Gesellschaft spielen;
17. dass Bildung in unseren heutigen pluralistischen und globalisierten Gesellschaften ein wesentliches Instrument für die Bekämpfung von Extremismus, Radikalisierung, Gewalt und Intoleranz ist, durch Förderung von staatsbürgerlicher

Die Zukunft Europas gestalten: die Rolle von Bildungsgewerkschaften

Bildung, Staatsbürgerschaft und universellen Werten der Demokratie, Toleranz, Freiheit und der Nichtdiskriminierung;

18. die Bedeutung des Erreichens von Gleichstellung sowohl für LGBTI-SchülerInnen/Studierende als auch für LGBTI-Lehrkräfte mit Blick auf die Schaffung sicherer und integrativer Lernumgebungen für alle;
19. das absolute Recht von Kindern und Erwachsenen mit einer Behinderung oder mit Förderbedarf auf Zugang zu spezialisierten Lehrkräften und anderem Bildungspersonal, das geschult und in der Lage ist, ihren besonderen Bedürfnissen gerecht zu werden und ihr Lernen durch geeignete Instrumente und Programme zu unterstützen.

Mit dem Ziel der Entwicklung einer umfassenden, nachhaltigen und auf konkreten Maßnahmen basierenden Strategie zur Gewährleistung von Gleichstellung im Bildungswesen und in der Gesellschaft der Zukunft, die von allen Mitgliedsorganisationen angewandt werden kann, beauftragt die EGBW-Sonderkonferenz auf Anraten des Ständigen EGBW-Gleichstellungsausschusses und der EGBW-Arbeitsgruppe für Gleichstellung den EGBW-Ausschuss damit, einen EGBW-Aktionsplan für Gleichstellung, Vielfalt und Inklusion mit folgenden Prioritäten auszuarbeiten:

20. Förderung und Unterstützung der Bemühungen für die Einsetzung eines wirksamen sozialen Dialogs in allen Ländern, wobei Erörterungen über Gleichstellung integraler Bestandteil der Tarifverhandlungsagenda sein sollen;
21. Erhöhung nachhaltiger öffentlicher Finanzierung für integrative und hochwertige Bildung;
22. Einbeziehung von integrativem Unterricht und Vermittlung demokratischer Werte und aktiver Staatsbürgerschaft in die berufliche Erstausbildung sowie in die Fort- und Weiterbildung von Bildungsbeschäftigten;
23. Sensibilisierung für Gleichstellungsfragen durch das Ansprechen verschiedener Formen von Diskriminierung, einschließlich Work-Life-Balance und Geschlechterrollen in Betreuungsaufgaben;
24. Sensibilisierung dafür, wie sich Rechtsrahmen in verschiedenen nationalen Kontexten auf den Aufbau von Lernumgebungen, auf die Schulinfrastruktur und auf die Bearbeitung von Lehrmaterialien und Lehrplänen auswirken;
25. Durchführung von Kampagnen und Einbringen von Beiträgen für eine Reform der gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie der Lernumgebungen, verbunden mit der Schulinfrastruktur und den Lernmaterialien, einschließlich nationaler Lehrpläne für Schulen, um die Qualität in der Bildung sowohl für Lehrkräfte als auch für SchülerInnen/Studierende zu gewährleisten;
26. (Nicht finanzielle) Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der ganzen Schulgemeinde wie Eltern, Familien und lokalen Einrichtungen, um die Arbeit des Bildungspersonals im Hinblick auf integrative Lernumgebungen zu unterstützen, und gleichzeitig sicherzustellen, dass die öffentliche Finanzierung von Bildung nicht durch private Finanzierung ersetzt wird;
27. Lobbyarbeit für klare, konkrete Richtlinien gegen jede Form von Belästigung und Diskriminierung innerhalb des Bildungssystems;
28. Förderung der Bildung von Netzwerken für unterrepräsentierte Gruppen, was in die Arbeit der demokratischen Strukturen der Gewerkschaften einfließt;
29. Lobbyarbeit für die Aufnahme der Bildung im Genderbereich als notwendiger Bestandteil der Lehrpläne auf allen Ebenen des Bildungssystems, die es Mädchen und Jungen, Frauen und Männern ermöglichen würde, zu verstehen, wie vorfabrizierte Männlichkeits- und Weiblichkeitsbilder und Modelle für die Zuordnung sozialer Rollen unsere Gesellschaften prägen und Beziehungen, Lebensentscheidungen und berufliche Laufbahnen beeinflussen.